



Liebe Mitglieder der BI Fracking freies Hessen und deren Freunde und Freundinnen,



Endspurt! Ob, wo und wie in Deutschland gefrackt werden darf, wird voraussichtlich noch im Juli entschieden. Jetzt heißt es nochmal Ärmel hochkrempeln und aktiv werden. Von einer Fracking-Verbotsregelung, wie sie den Forderungen der Umweltbewegung, der Bürgerinitiativen gegen Fracking und [61% der Bevölkerung](#) entspricht, sind aber leider sowohl Bundestag als auch Bundesrat noch weit entfernt (obwohl der Umweltausschuss des Bundesrats eine entsprechende [Empfehlung](#) abgegeben hatte).

Anstelle eines Fracking-Verbots schnürte die Regierungskoalition aus CDU/SPD ein Paket voller Schlupflöcher. Eine einseitig zusammengesetzten Expertenkommission soll Fracking-Projekte für Schiefer- und Kohleflözgas kontrollieren, um anschließend über die "Unbedenklichkeit" der weiteren kommerziellen Nutzung in diesen Formationen mehrheitlich zu entscheiden. Diese Kommission soll hierbei überwiegend mit Vertretern frackingfreundlicher Institutionen besetzt werden, obwohl dies [laut einem vorliegenden Gutachten verfassungswidrig](#) sei.

## Geplante Fracking-Gesetzgebung

### Bundestag

In der 1. Lesung des Bundestags wurde am **7. Mai** zum Teil heftig debattiert, eine Mehrheit für ein Fracking-Verbot kam leider nicht zustande. Vielmehr **wurde das vorgelegte Gesetzespaket aus dem Wirtschafts-/Umweltministerium mehrheitlich unterstützt**, welches jedoch aufgrund der zahlreichen Ausnahmeregelungen **keinen ausreichenden Schutz für Mensch und Umwelt** bietet (vgl. hierzu unsere [Stellungnahme](#)). Die 2. und 3. Lesung (d.h. finale Abstimmung) des Bundestags findet am **03. Juli** statt.

### Bundesrat & Position der Hessischen Landesregierung

Im Bundesrat wurde am **8. Mai** über Änderungsanträge der Länder und des Ausschusses abgestimmt. Obwohl sich zuvor der **Umweltausschuss des Bundesrats für ein generelles Fracking-Verbot ausgesprochen** hatte, wurde der **Antrag des Ausschusses von der Ländermehrheit am Freitag leider nicht angenommen**. Auch das Land [Hessen hatte nicht für diesen Antrag gestimmt](#) sondern sich enthalten. Somit steht fest: **ein konsequentes Fracking-Verbot** - wie wir es fordern - wird auch **von schwarz-grün in Hessen derzeit nicht gewünscht**.



Dennoch wurde im Bundesrat beschlossen, Fracking zur Förderung von Kohleflöz- und **Schiefergas** nicht nur oberhalb, sondern **auch unterhalb von 3.000 Metern Tiefe zu verbieten** – also dort, wo sich die größten Vorkommen befinden. Diese Verbesserung (gegenüber dem Bundestagsbeschluss) wurde auch vom Land Hessen unterstützt. Immerhin, könnte man meinen. Dennoch, wer Trinkwasser- und Klimaschutz und den Willen der Bevölkerung wirklich ernst nimmt, sollte sich für ein konsequentes Fracking-Verbot einsetzen, welches auch „tight-gas“ (im Sandstein) und Fracking im Bereich der Ölförderung beinhaltet. Dies hat der [Hessische Landtag am 28.05.15](#) (Annahme des [Entschließungsantrags](#)) leider versäumt.

### Öffentliche Anhörung im Umweltausschuss

Unsere BI ist Mitglied beim BBU, welcher im Rahmen der öffentlichen Anhörung am **08. Juni** eine [schriftliche Stellungnahme](#) eingereicht hat. Hierin wurde inhaltlich begründet, warum es sich bei Fracking um eine nicht beherrschbare Risikotechnik handelt, sowie im Detail auf Defizite der geplanten gesetzlichen Regelungen eingegangen.




## Wirtschaftsausschuss des Bundestags

Zahlreiche Sachverständige haben am [10. Juni, im Wirtschaftsausschuss](#) unter Vorsitz von Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU) Änderungen an der von der Bundesregierung geplanten Novellierung des Bundesbergrechts gefordert, die Teil eines Gesetzespaketes zur stärkeren Reglementierung der umstrittenen Erdgasfördermethode Fracking ist. Ein Live-Videomitschnitt sowie eine Kommentierung der Sachverständigenbeiträge findet sich [hier](#).

## Was <sup>n</sup>tun?

Die finale Lesung des Bundestags findet am **03. Juli** statt. Von 9 - 10.30 Uhr wird unter [TOP 29](#) das Fracking-Regelungspaket (Wasser- und Bundesnaturschutzgesetz sowie Bundesberggesetz und Bergverordnung) behandelt. Bis dahin wird noch [verhandelt](#) und [lobbyiert](#).



**Parallel zur Sitzung** werden mehrere Bürgerinitiativen und Naturschutzverbände ab 8.30 Uhr vor dem Bundestag **demonstrieren**. Wer nicht kommen kann, aber 5 Minuten Zeit hat, dem empfehlen wir die [Endspurt-Aktion](#) des  um **Wahlkreisabgeordnete Ihrer Region anzuschreiben** (Textvorschlag ist vorhanden).

Ob der Bundesrat dem [Frackig-Regelungspaket](#) zustimmen muss, ist noch unklar.

## Fracking-Legenden: Faktencheck

Die Allianz der Öffentlichen Wasserwirtschaft (AÖW) hat sich erneut in die Fracking-Debatte eingeschaltet. Prägnant widerlegt sie [fünf Fracking-Legenden](#), mit denen die Gasindustrie der Bevölkerung und der Politik Fracking schmackhaft machen will. So wird die verzerrte Darstellung der Fracks in Niedersachsen im Detail widerlegt oder mit dem Mythos des erfolgreichen Frackings in den USA aufgeräumt. Die immer wieder von den Politikern der Großen Koalition wiederholte Aussage „die Risiken beim Fracking sind beherrschbar“ wird der Realität gegenübergestellt.



## Zum Schmunzeln

Auch die **Kassler Firma Wintershall** scheint nun eingesehen zu haben, dass Fracking vorallem eines bringt: Risiken! Na gut, es hat niemand wirklich beobachtet, ob ein Vorstandsmitglied - vielleicht angesteckt durch die **gute Laune der Demoteilnehmer am 16. Mai** - das **Stopp-Fracking-Banner am Hauptsitz** aufgehängt hat. Es kann also nur vermutet werden.

Wer nicht schmunzeln mag, dem empfehlen wir die Broschüre „[Fracking in Nord und Süd – Gewinner und Verlierer einer neuen Risikotechnologie](#)“, in der auch über Wintershall-Aktivitäten in Argentinien informiert wird, oder die Infos aus dem [Rotenburger Gasland](#).



Für Ihre Bürgerinitiative Fracking freies Hessen n.e.V.,

Tim Steindamm



[Twitter](#)



[facebook](#)



[Internetseite](#)

[www.resolution-korbach.org](http://www.resolution-korbach.org)